



Nr. 279 | 07.09.2021

Polen-Analysen

Die Geschichtspolitik der PiS

■ ANALYSE		
Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen		2
Stefan Garsztecki, TU Chemnitz		
■ DOKUMENTATION		
Das polnische Modell des Wohlfahrtsstaates. Programm der Partei Recht und Gerechtigkeit (2019) (Auszüge zum Thema Identität, Patriotismus und Geschichtspolitik)		7
■ CHRONIK		
6. Juli – 6. September 2021		10

Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis in Polen

Stefan Garsztecki, TU Chemnitz

DOI: 10.31205/PA.279.01

Zusammenfassung

Geschichtspolitik, Vergangenheitspolitik, Erinnerungspolitik – ungeachtet der Vielfalt der Begriffe ist der Umgang mit der Vergangenheit in sozialwissenschaftlichen Transformationsstudien lange Zeit stiefmütterlich behandelt worden. Dabei sind sowohl Vergangenheitsbewältigung, das heißt die juristische, politische und moralische Aufarbeitung eines Unrechtsregimes nach einem Systemwechsel, wie auch Geschichtspolitik geeignete Instrumente, um zur Konsolidierung einer jungen Demokratie und zur Ausprägung einer demokratischen Diskursstruktur beizutragen – oder aber um gesellschaftliche Spaltungen hervorzurufen und zu verstetigen. Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) hat bereits Jahre vor der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2015 auf eine aktive und dezidierte Geschichtspolitik hingearbeitet und setzt dieses Programm in Regierungsverantwortung nun sehr konsequent um. Ob die anvisierte Stärkung einer patriotischen Grundhaltung in der polnischen Gesellschaft angesichts der auch in Polen zu beobachtenden zunehmenden Individualisierung aber erreicht werden kann und ob dies ein kluger Umgang mit dem Erbe der Vergangenheit ist, bleibt eine offene Frage.

Geschichtspolitik und Demokratie

Spätestens mit dem Ende des Dritten Reiches ist die Aufarbeitung von Unrechtsregimen in zweierlei Hinsicht ein wichtiges Thema im Kontext eines Systemwandels. Einerseits gilt es, Täter zur Verantwortung zu ziehen und Opfern durch Entschädigungen und öffentliches Gedenken Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Andererseits hatten alle vier Besatzungsmächte im Nachkriegsdeutschland auch eine Immunsierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Sinn, um ein erneutes Abgleiten in eine totalitäre Gesellschaft zu verhindern. Amerikaner und Briten setzten dabei im Rahmen der sogenannten *Reeducation* vor allem auf politische Bildung. Die Amerika-Häuser oder der Sozialkundeunterricht waren sichtbare Ergebnisse dieses Ansatzes. Dem gegenüber forcierte die Sowjetunion in ihrem Besatzungsgebiet eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung, während für die Franzosen eine Umerziehung der deutschen Bevölkerung in ihrem Besatzungsgebiet nur eine untergeordnete Rolle spielte. Jedoch trafen Bemühungen, die deutsche Nachkriegsgesellschaft mit den Verbrechen des Dritten Reiches zu konfrontieren, zunächst auf wenig Gegenliebe. Für die Bundesrepublik Deutschland hat der deutsche Philosoph Hermann Lübbe das »kommunikative Beschweigen« im Nachhinein gar als eine der Voraussetzungen für die Konsolidierung der jungen Bundesrepublik Deutschland charakterisiert. Erst in den 1960er Jahren setzte mit den Auschwitz-Prozessen in der Bundesrepublik Deutschland eine Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich vehement ein.

Jenseits der Vergangenheitsbewältigung durch Aufarbeitung von Verbrechen und politische Bildung spielt aber auch der Umgang mit Geschichte ganz allgemein

im Rahmen von Geschichtspolitik respektive Erinnerungspolitik eine zentrale Rolle für das Selbstverständnis von Gesellschaften. Hierüber wird nach dem Hamburger Politikwissenschaftler Peter Reichel ein für die Binnenintegration wichtiges soziales Gedächtnis konstruiert, das im Idealfall Orientierung und sozialen Kitt liefert. Aber auch spezifische Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Akteure spielen eine Rolle; Geschichtspolitik ist damit nach dem Heidelberger Historiker Edgar Wolfrum potentiell auch Element der politischen Auseinandersetzung. Der Umgang mit der Vergangenheit kann dann sowohl im Fall von Vergangenheitspolitik, das heißt der Aufarbeitung abgelöster Unrechtsregime, als auch bezogen auf Geschichtspolitik, die kollektive Identität stiften soll, höchst problematisch sein. Der Streit um die Vergangenheit, polarisierende Sichtweisen und die Instrumentalisierung von Geschichte zu politischen Zwecken tragen dann kaum zur Sinnstiftung bei, sondern erzeugen gesellschaftliche Gräben und diskreditieren die Erinnerung.

Die III. Polnische Republik und der Umgang mit der Geschichte

Auch in Polen wird der Umgang mit Geschichte seit Beginn der Transformation im Jahr 1989 kontrovers diskutiert. Der vom ersten demokratischen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki in seinem Regierungsexposé am 24. August 1989 postulierte »dicke Schlussstrich« (*gruba kreska*) sollte das neue Polen vom alten, kommunistischen Polen abtrennen, keineswegs jedoch die Aufarbeitung von Verbrechen des *Ancien Régime* verhindern, wie ihm seine Opponenten unterstellten. Dennoch sollte es bis Ende der 1990er Jahre dauern,

bevor per Gesetz vom April 1997 die informelle Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der Volksrepublik Polen im Zeitraum von 1944 bis 1990 für Bewerber um ein öffentliches Amt verpflichtend offengelegt werden musste. Ein weiteres Gesetz vom Dezember 1998 schuf dann das Institut für Nationales Gedenken (*Institut Pamięci Narodowej – IPN*), das die Arbeit der seit 1945 existierenden »Hauptkommission für die Erforschung deutscher (ab 1949 nationalsozialistischer) Verbrechen in Polen« (*Główna Komisja Badania Zbrodni Niemieckich Hitlerowskich w Polsce*) integrierte, nun aber auch die kommunistischen Verbrechen in den Fokus nahm. Eine Dekommunisierung, das heißt ein Ausschluss belasteter Personen aus der Zeit der Volksrepublik Polen aus dem öffentlichen Leben der Dritten Polnischen Republik, gelang gleichwohl nicht, was neben den Problemen einer politischen Bewertung der Vergangenheit sicherlich auch mit dem am Runden Tisch ausgehandelten Systemwandel zu tun hatte. Der Umgang mit den Akten der polnischen Sicherheitsdienste, die Frage der Belastung von Personen des öffentlichen Lebens durch Aktivitäten vor 1989 ist bis heute eine politisch und auch juristisch nicht endgültig geklärte Frage, so dass die Vergangenheitsbewältigung in Polen auch mehr als dreißig Jahre nach dem Runden Tisch nicht als abgeschlossen gelten kann. So begründet die aktuelle *PiS*-Regierung auch die großangelegten Justizreformen unter anderem mit der Notwendigkeit, aus der Zeit der Volksrepublik Polen belastete Personen aus dem Justizwesen entfernen zu wollen. Schließlich ist auch die historische Bewertung und Charakterisierung der Volksrepublik Polen keineswegs abgeschlossen. Sie kann es auch angesichts der sukzessiven Erschließung neuer Akten und vielfältiger Detailstudien nicht sein, so dass Fragen der Periodisierung, des Grades an Unfreiheit und Unterdrückung oder auch des Modernisierungsschubes der Volksrepublik Polen nach wie vor aktuell sind.

Sehr viel mehr Aufmerksamkeit als die Vergangenheitsbewältigung erhält heute in Polen aber die Geschichtspolitik, der die *PiS* seit dem Regierungsantritt im Herbst 2015 besondere Anstrengungen gewidmet hat.

Die Geschichtspolitik der *PiS*

Beim Betrachten der Geschichtspolitik der *PiS* darf nicht vergessen werden, dass ihre Anfänge in den 1990er Jahren liegen und aus breiteren gesellschaftlichen Strömungen resultieren, welche die *PiS* und mit ihr verbundene Historiker und Intellektuelle aufgegriffen haben. Der in westlichen Ländern seit Ende der 1980er Jahre beobachtete und von Pierre Nora, Aleida Assmann und vielen anderen untersuchte Erinnerungsboom machte auch vor Polen nicht Halt. Nach dem Systemwechsel rückten viele historische Themen in den Fokus der Öffentlich-

keit. Es galt, die weißen Flecken des kommunistischen Geschichtsbildes zu beseitigen und über Widerstand und Opposition gegen das kommunistische Regime, über den Warschauer Aufstand von 1944, aber auch über den von Deutschen auf polnischem Boden durchgeführten Holocaust nachzudenken sowie über die Haltung der polnischen Gesellschaft im Angesicht dieses Menschheitsverbrechens. Hinzu kamen wichtige Diskurse über das polnisch-jüdische, das polnisch-deutsche oder das polnisch-ukrainische Verhältnis. Erst der Übergang in eine freie und demokratische Gesellschaft ermöglichte einen offenen und kritischen Umgang mit Geschichte. Dabei belegen Umfragen des Meinungsforschungsinstituts *OBOP* (*Ośrodek Badania Opinii Publicznej – Zentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung*, heute Teil des Meinungsforschungsinstituts *Kantar Polska S.A.*) aus den Jahren 1996 und 2005, dass sich 64 Prozent der Bevölkerung in unterschiedlichem Maße für Geschichte interessieren, während Daten des staatlichen Meinungsforschungsinstituts *CBOS* (*Centrum Badania Opinii Społecznej – Zentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung*) aus dem Jahr 2016 gar 74 Prozent angeben.

Das große Interesse an Geschichte ist in Polen sicherlich auch mit der Zeit der Staatenlosigkeit vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1918 und der kommunistischen Herrschaft nach 1945 verbunden. Das hier angelegte martyrologische Denken von Polen als Opfer der Nachbarn, das fortwährend für die eigene und die Freiheit der Anderen kämpft, ist auch heute noch stark prägend und die Feierlichkeiten anlässlich des 100. Jahrestages der Wiedergewinnung der Unabhängigkeit im Jahr 2018 haben diese Haltung noch einmal gestärkt. Es verwundert daher nicht, dass sich in einer *CBOS*-Umfrage aus dem Jahr 2018 88 Prozent der Polen als Patrioten bezeichnen.

Vor diesem Hintergrund haben Anfang der 2000er Jahre Debatten über eine dezidierte und aktive Geschichtspolitik in Polen begonnen, was einen Wandel darstellte, da zu Beginn der Transformation Geschichtspolitik – mit Blick auf die kommunistische Verfälschung von Geschichte – als Manipulation eher noch abgelehnt wurde. Für diesen Wandel waren mehrere Beobachtungen konservativer Intellektueller in Polen verantwortlich.

Erstens wurde die intensive polnische Debatte über das im Jahr 2000 erschienene Buch »Nachbarn« (*Sąsiedzi*) von Jan Tomasz Gross, in dem sich dieser mit dem Pogrom von Polen an ihren jüdischen Nachbarn im Dorf Jedwabne im Jahr 1941 (das heißt unter deutscher Besatzung) auseinandersetzte, von konservativen Historikern als Verzerrung der Geschichte betrachtet: Schließlich zeichneten ja die Deutschen für den Holocaust verantwortlich und könnten Polen kaum als Täter bezeichnet werden. Im Kontext dieser Debatte kam es

nach Ansicht etlicher konservativer Historiker aber zu einer falschen Perzeption, da doch Polen das erste Opfer des Zweiten Weltkrieges war. Zudem führte die Anfang der 2000er Jahre ausgebrochene deutsche Debatte über deutsche Kriegsoffer, beispielsweise als Resultat alliierter Bombenangriffe auf deutsche Städte oder im Rahmen von Vertreibungen, und damit verknüpft das damals geplante Zentrum gegen Vertreibungen zu erheblichen Irritationen in Polen. Diese reichten weit über konservative Kreise hinaus. Viele polnische Beobachter gewannen den Eindruck, dass sich Deutschland von seiner Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust distanzieren wollte. So konstatierte Marek Edelman, einer der Führer des Ghettoaufstandes (1943), im Jahr 2003, dass man mit den Deutschen kein Mitleid haben dürfe.

Zweitens wurde die Geschichtspolitik von Deutschland nicht zuletzt in diesem Kontext als erfolgreicher angesehen. Deutschland sei es gelungen, für die Gräuel des Zweiten Weltkrieges die Nationalsozialisten verantwortlich zu machen und zugleich über deutsche Opfer zu sprechen. Auch das Ende des Kommunismus werde eher mit dem Fall der Berliner Mauer als mit der polnischen Gewerkschaft *Solidarność* verknüpft, obgleich Polen bereits eine demokratische Regierung unter Tadeusz Mazowiecki hatte, als in Ost-Berlin am 7. Oktober 1989 noch der 40. Jahrestag der Gründung der DDR begangen wurde.

Drittens wurden auch der Runde Tisch des Jahres 1989 und seine Ergebnisse von konservativen Intellektuellen kritischer beäugt. Die Kompromisse mit den ehemaligen kommunistischen Eliten, die Konzentration auf die wirtschaftlichen Aspekte der Transformation und auch ein zunehmender Individualismus wurden als nachhaltig negativ für den Zusammenhalt der polnischen Gesellschaft und ihren Blick auf die Geschichte angesehen. Autoren wie Marek A. Cichocki, Dariusz Gawin, Tomasz Merta, Andrzej Nowak oder Zdzisław Krasnodębski traten beispielsweise in der Zeitschrift *Teologia Polityczna* (Politische Theologie), in Buchpublikationen und in publizistischen Beiträgen für eine neue historische Narration ein, die eher Stolz auf die eigene Nation und deren Verdienste als Dekonstruktion und »Scham« in den Mittelpunkt stellen sollte.

Viertens haben auch runde Jahrestage wie der 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges im Jahr 2005 und die großen Feierlichkeiten in Moskau dazu beigetragen, eine entschlossenerere eigene Geschichtspolitik zu betreiben und die polnischen Opfer stärker zu akzentuieren. Auch die letztlich auf Betreiben von Lech Kaczyński als damaligem Stadtpräsidenten von Warschau im Jahr 2004 vorgenommene Eröffnung des Museums des Warschauer Aufstandes (*Muzeum Powstania Warszawskiego*) anlässlich des 60. Jahrestages fügte

sich in Bestrebungen, über die Begehung von Jahrestagen und Museumsgründungen eine andere historische Narration zu verfestigen und den »Gefährdungen« der späten Moderne (Individualismus, Werteverfall, Relativismus) zu begegnen.

Fünftens dürfte auch eine Anfang der 2000er Jahre in Umfragen deutlich sichtbare Nostalgie nach den Zeiten der Volksrepublik Polen zu der Debatte über Geschichtspolitik unter konservativen Intellektuellen beigetragen haben. Nach Daten von *CBOS* bewerten sowohl im Jahr 2000 als auch im Jahr 2009 44 Prozent der Befragten die Zeit der Volksrepublik Polen als positiv.

Es kann daher nicht verwundern, dass die *PiS* nahezu von Beginn an (die Partei wurde im Jahr 2001 gegründet) für eine selbstbestimmte Geschichtspolitik eintrat. Im Parteiprogramm aus dem Jahr 2005 ist zu lesen, dass die *PiS* mit Hilfe einer »modernen Geschichtspolitik« den polnischen Kampf gegen die totalitären Systeme und die Verbrechen am polnischen Volk auch außerhalb von Polen ins Gedächtnis rufen möchte. Zudem soll jeglichen Versuchen einer Relativierung der Verantwortung für den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entgegen getreten werden. Dazu sollen ein Museum der Freiheit gegründet und die Qualität des Geschichtsunterrichts in den Schulen verbessert werden. Ansätze für eine solche Geschichtspolitik konnte die *PiS* in der ersten kurzen Regierungszeit zwischen 2005 und 2007 kaum realisieren, zumal sie ab September 2006 nach Zerschlagen der Koalitionsregierung über keine eigene Mehrheit im Sejm verfügte. Anders verhält es sich seit 2015, als die *PiS* im Herbst die Parlamentswahlen gewann und mit absoluter Mehrheit unter dem Schlagwort »guter Wandel« (*dobra zmiana*) an den Umbau des Staates ging, was auch das Feld der Geschichtspolitik betrifft.

Jarosław Sellin, *PiS*-Abgeordneter und seit 2015 mit einer kurzen Unterbrechung Staatssekretär im Ministerium für Kultur, nationales Erbe und Sport, zieht auf dem Programmkonvent der *PiS* im Juli 2019, bevor die *PiS* die Parlamentswahlen im Oktober 2019 erneut gewann, ein positives Fazit der Geschichtspolitik der Partei. Er verweist auf die Feierlichkeiten und Jahrestage anlässlich des 100. Jahrestages der Wiedergewinnung der polnischen Unabhängigkeit, auf 30 Jahre Ende des Kommunismus oder 40 Jahre seit der ersten Pilgerreise von Johannes Paul II. nach Polen im Jahr 1979. Ferner nennt er den Bau unterschiedlicher Museen wie das Museum der Geschichte Polens (*Muzeum Historii Polski*), gegründet 2006, dessen Neubau in Warschau gegenwärtig vorangetrieben wird, das Museum für Papst Johannes Paul II. und Stefan Kardinal Wyszyński, Primas von Polen (*Muzeum Jana Pawła II i Prymasa Wyszyńskiego*), in Warschau oder das Józef Piłsudski-Museum in Sulejówek (*Muzeum Józefa Piłsudskiego w Sulejówku*). Weitere

Museen sind das Museum Westerplatte und Verteidigungskrieg 1939 (*Muzeum Westerplatte i Wojny Obronnej 1939*) in Danzig (Gdańsk), das Museum des Warschauer Ghettos (*Muzeum Getta Warszawskiego*), das Museum der Verfeimten Soldaten (*Muzeum Żołnierzy Wyklętych*) in Ostrołęka oder das Museum für die Polen, die Juden gerettet haben (*Muzeum Polaków Ratujących Żydów*) in Markowa. Hinzu kommen weitere Institute, die sich mit Geschichtspolitik befassen und die von der PiS ins Leben gerufen wurden, beispielsweise das 2019 gegründete Institut für das Erbe der *Solidarność* (*Instytut Dziedzictwa Solidarności*) oder das 2017 eingerichtete Pilecki-Institut (*Instytut Solidarności i Męstwa im. Witolda Pileckiego* – Witold Pilecki-Institut für Solidarität und Mut) in Warschau mit einer Filiale in Berlin. Witold Pilecki war während des Zweiten Weltkrieges Mitglied der Heimatarmee (*Armia Krajowa – AK*) im Untergrund und begab sich freiwillig in das deutsche Konzentrationslager Auschwitz, um dort den Widerstand zu organisieren und Informationen über das Konzentrationslager und die Gräueltaten der Nazis zu sammeln, die er nach seiner Flucht 1943 verbreitete. Er wurde 1948 im stalinistischen Polen als vermeintlicher Spion hingerichtet. Anzuführen muss man auch das 2020, also nach den letzten Parlamentswahlen gegründete Roman Dmowski- und Ignacy Jan Paderewski-Institut des Erbes des Nationalgedankens (*Instytut Dziedzictwa Myśli Narodowej im. Romana Dmowskiego i Ignacego Jana Paderewskiego*). Dabei ist weniger die Person des polnischen Pianisten und Komponisten Ignacy Paderewski strittig, der die polnische Delegation bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg in Versailles gemeinsam mit Roman Dmowski anführte und im Jahr 1919 auch für kurze Zeit polnischer Ministerpräsident war, als vielmehr Roman Dmowski. Zweifellos hat der Anführer der polnischen Nationaldemokratie große Verdienste um die Unabhängigkeit Polens, aber er war auch ein bekannter Antisemit und Nationalist und ob er eine passende Bezugsperson für eine demokratische Geschichtspolitik ist, darf bezweifelt werden.

Sellin verweist in seiner Bilanz auf insgesamt 15 Institute und Einrichtungen der Geschichtspolitik, die ausschließlich vom zuständigen Kulturministerium angeleitet werden, und auf 14 weitere Einrichtungen, für die das Ministerium mitverantwortlich zeichnet. Angeführt werden von ihm außerdem historische Filme als Instrument der Geschichtspolitik. Auch hier hat die PiS die Finanzierung für derartige Projekte deutlich ausgebaut. Mit Hilfe des staatlichen Polnischen Instituts für Filmkunst (*Polski Instytut Sztuki Filmowej*) sollen nach Auskunft des Ministeriums für Kultur, nationales Erbe und Sport von Ende 2018 fast 40 historische Filme entstehen. Ein regelmäßiger Blick in das Programm des staatlichen Fernsehens TVP zeigt in der Tat eine deut-

liche Zunahme historischer Filme (<https://vod.tvp.pl/sub-category/historia,4191987>).

Das Parteiprogramm der PiS aus dem Jahr 2019 verweist noch expliziter auf die Ziele ihrer Geschichtspolitik. Bekämpft werden sollen Anzeichen von Antipolonismus sowie Verfälschungen insbesondere der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Auch wird hervorgehoben, dass das Polen zugefügte Unrecht im Zweiten Weltkrieg noch nicht ausreichend wieder gut gemacht worden sei. Letzteres ist wohl eine Anspielung auf die immer wieder an die deutsche Adresse erhobenen Reparationsforderungen.

Aber das Programm nennt unter dem Stichwort »patriotische und staatsbürgerliche Erziehung« ein weiteres Ziel von Geschichtspolitik, das nicht nach außen, sondern nach innen gerichtet ist. An unterschiedlichen Stellen des Programms wird auf die Notwendigkeit der Stärkung des Patriotismus in Polen verwiesen, welcher der PiS zufolge eine enge Bindung an die katholische Kirche und ihre Lehre aufweist. Der Patriotismus soll traditionelle Werte wie Nation, Familie und Religion stärken, die polnischen Freiheitstraditionen pflegen sowie Bürgeraktivitäten stimulieren. Daher ist auch von patriotischer und staatsbürgerlicher Erziehung die Rede. Es gilt die »Verantwortung für die Gemeinschaft« im Unterschied zu Konsumismus und Egoismus zu stärken. Auch hier knüpft die PiS an ältere Debatten aus den 1990er Jahren an. Bereits das Bildungsgesetz vom 7. September 1991 sieht in seiner Einleitung als Bildungsziel unter anderem die Ausbildung der Liebe zum Vaterland und die Anerkennung für das polnische Kulturerbe vor. Das Gesetz über das Bildungsrecht vom 14. Dezember 2016, das seitdem mehrfach novelliert wurde, spricht in Artikel 18 von der Ausbildung patriotischer Haltungen. Deutlicher wird das Kulturministerium, das einen »Patriotismus von morgen« (*Patriotyzm jutra*) fördern möchte. Die in Schulen realisierten Programme beziehen sich aber neben der Förderung einer aktiven Bürgerhaltung vor allem auf die Vergangenheit und sind dabei in zweierlei Hinsicht problematisch. Auf der einen Seite vermitteln sie, wie unterschiedliche im Internet zugängliche Lehrprogramme belegen, neben dem wohl notwendigen Wissen über die polnische Geschichte, über das Staatswappen und dergleichen mehr, eher eine glatte Sicht auf die Geschichte, die polnische Helden darstellt und die Identifikation mit und den Stolz auf die polnische Nation fördern soll. Auf der anderen Seite werden Elemente der polnischen Geschichte relativ unkritisch übernommen wie beispielsweise patriotische Lieder und Texte. Für einen Historiker ist die »Rota« von Maria Konopnicka aus dem Jahr 1908 sicherlich ein wichtiger Text aus der Zeit des Kampfes für einen eigenen Staat. Aber macht ein solcher Text, der deutlich in der Tradition der Nationaldemokratie steht und unter anderem vor einer Germanisierung polnischer Kinder warnt,

heute noch Sinn im Unterricht, wenn er nur als polnische patriotische Tradition dargestellt wird?

Neben den Museums- und Institutsgründungen sind für die *PiS* in den letzten Jahren vor allem zwei Narrationen wichtig gewesen. Erstens wird die Tradition des Warschauer Aufstandes von 1944 gepflegt. Der hier gezeigte heroische Widerstand wird von Präsident Andrzej Duda bei den Feierlichkeiten anlässlich des 77. Jahrestages des Ausbruchs in diesem Jahr in die polnische Freiheitstradition gestellt, der Aufstand gar als Voraussetzung für die heutige Freiheit bezeichnet. Sicherlich ist eine solche Feierstunde keine Gelegenheit für kritische Worte zum Aufstand, aber auch im Museum des Warschauer Aufstandes dominiert eindeutig die Freiheitstradition, obgleich seit Jahrzehnten auch eine Debatte über den Sinn des Aufstandes und die damit verbundenen Folgen (geschätzt mehr als 200.000 Opfer und die vollständige Zerstörung der polnischen Hauptstadt) geführt wird. Dies findet in der offiziellen Narration gegenwärtig keine Berücksichtigung.

Zweitens wird die Erinnerung an die sogenannten Verfeimten Soldaten (*Żołnierze Wyklęci*) von Seiten der Regierung und des polnischen Präsidenten hervorgehoben. Damit sind Angehörige unterschiedlicher militärischer Formationen gemeint, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegen die kommunistische Ordnung in Polen kämpften, zum Teil bis in die 1950er Jahre. Auch hier dominiert eine Heldenerzählung, obgleich ungeachtet der Schrecken des polnischen Stalinismus nicht alle Vertreter dieses militärischen Untergrundes unkritisch zu sehen sind: Neben Freiheitskämpfern gab es auch antisemitische Ausbrüche und zum Teil Übergriffe auf die Zivilbevölkerung.

Kampf ums Gedächtnis – aber wie?

Die Geschichtspolitik der *PiS* setzt mit Museums- und Institutsgründungen deutliche Akzente. Dabei werden wichtige Aspekte der Vergangenheit thematisiert, die allerdings bereits vor der aktuellen *PiS*-Regierung seit 2015 Anerkennung gefunden hatten. Bereits im Jahr 2001 verabschiedete der Sejm einen Beschluss, der den Kampf der verfeimten Soldaten würdigte, und seit dem Jahr 2011 ist der 1. März der offizielle staatliche Gedenktag für diese Menschen. Die Regierung griff hier eine Initiative von Präsident Lech Kaczyński auf, die nach seinem Tod im Jahr 2010 von seinem Nachfolger Bronisław Komorowski aus den Reihen der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) aufgegriffen wurde.

Kritisch angemerkt werden muss auch, dass die von der *PiS* propagierte Geschichtspolitik vor allem eine eher unkritische historische Narration fördert. Natürlich ist gegen die Person von Witold Pilecki oder gegen das Museum in Markowa, das Polen gewidmet ist, die Juden gerettet haben, nichts zu sagen, aber auch staat-

liche Geschichtspolitik sollte Platz für Kritik und einen reflexiven Umgang mit Geschichte lassen.

Zudem kann nicht verschwiegen werden, dass einige der Museen auch gegründet wurden, um missliebige Museumsleitungen und die von ihnen vertretenen Ausstellungen zu konterkarieren. Das nach den Parlamentswahlen im Herbst 2015 gegründete Museum Westerplatte und Verteidigungskrieg 1939 war als Ausrufezeichen gegen das 2008 von der Regierung Donald Tusk gegründete Museum des Zweiten Weltkrieges gedacht, da dessen Ausstellung nach Ansicht konservativer Historiker zu wenig das polnische Leid exponierte. Der zuständige Minister Piotr Gliński vereinigte 2017 dann beide Museen und entließ vorher noch den Gründungsdirektor des Museums des Zweiten Weltkrieges, Paweł Machcewicz. Auch das 2019 ins Leben gerufene Institut für das Erbe der *Solidarność* ist eine Reaktion auf das von Basil Kerski geleitete Europäische *Solidarność*-Zentrum (*Europejskie Centrum Solidarności – ECS*). Bereits 2019 wurden die staatlichen Mittel für das ECS, das darüber hinaus von der Stadt Danzig finanziert wird, erheblich gekürzt. Die *PiS* respektive der zuständige Minister Gliński wollte die Dauerausstellung ergänzen und zudem über einen Stellvertreter des Direktors im ECS mitbestimmen. Auch hier geht es unter anderem um unterschiedliche Interpretationen der Geschichte der Gewerkschaft *Solidarność*. Da eine Übernahme des ECS nicht möglich war, wurde ein alternatives Institut gegründet. Schließlich ist auch das 2018 gegründete Museum des Warschauer Ghettos ein Konkurrenzunternehmen zum Museum der Geschichte der polnischen Juden Polin (*Muzeum Historii Żydów Polskich POLIN*), dessen direkte Übernahme scheiterte. Das Museum des Warschauer Ghettos soll nach den Worten von Piotr Gliński aus dem Jahr 2018 »ein Symbol der Bruderschaft und der polnisch-jüdischen Solidarität« sein. Auch hier sind die Vorgaben der Politik also sehr klar.

Die *PiS* hat damit in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, um Geschichte in Bildung und Öffentlichkeit einen größeren Stellenwert einzuräumen. Historische Filme, Museen, Ausstellungen und Institutsgründungen greifen dabei zum Teil vernachlässigte Themen auf. Zudem entspricht die Pflege des Patriotismus sicherlich polnischen Traditionen, die hier eben anders aussehen als in Deutschland. Allerdings erscheint der Eingriff der Politik bis in die Konzeption von Ausstellungen hinein zu groß. Zweifellos wäre es besser, Kritik und alternative Sichtweisen in bestehende Institutionen zu integrieren, da auch die konkurrierenden Institute mit erheblichen Steuergeldern unterstützt werden.

Hinzu kommt, dass eine vergleichsweise glatte historische Narration modernen Ansätzen in der Historiographie, die stärker reflexiv und dekonstruierend arbeiten, nicht gerecht wird. Der Vorwurf einer zu starken politi-

schen Einflussnahme ist dann naheliegend. Schließlich ist auch die polnische Gesellschaft zunehmend heterogener. Unterschiedliche Milieus, regionale Unterschiede, politische Differenzen sollten auch in der polnischen Museumslandschaft ihren Niederschlag finden. Zudem sollte die Geschichtspolitik eines demokratischen Staa-

tes kritischer mit manchen historischen Figuren umgehen. Sowohl die »Rota« als auch Roman Dmowski sind Bestandteil des polnischen Unabhängigkeitskampfes, sollten aber nicht eine demokratische Traditionslinie bilden.

Über den Autor

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Politologe und Historiker, hat die Professur für Kultur- und Länderstudien an der TU Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die polnische Innenpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa.

Lesetipp

»Die neuen historischen Museen in Polen«, Polen-Analysen 259, 07. Juli 2020, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/259/>.

DOKUMENTATION

Das polnische Modell des Wohlfahrtsstaates. Programm der Partei Recht und Gerechtigkeit (2019) (Auszüge zum Thema Identität, Patriotismus und Geschichtspolitik)

[...]

Die Rolle der Religion und das Verhältnis zur katholischen Kirche

[...]

Die Lehre der katholischen Kirche, die polnische Tradition und der polnische Patriotismus haben sich stark miteinander verwoben und die politische Identität der Nation geformt. Die Freiheit steht im Zentrum der christlichen Lehre vom Menschen, sie ist der Kern unserer nationalen Geschichte und bestimmt die Bedeutung dessen mit, was es heißt, ein Pole zu sein, deshalb hat auch die polnische nationale Zugehörigkeit, verstanden als Erbe der Freiheit, Gleichheit und Achtung des menschlichen Lebens, universale Bedeutung. Wir verstehen jene als Beitrag unserer Nation zur allgemeinen Geschichte der Freiheit. Die Übereinstimmung zwischen der Lehre der katholischen Kirche und der nationalen Tradition wird mit Blick auf die Familie deutlich sichtbar. Die polnische Tradition hat sie immer als besonderes Gut behandelt und in der Phase des Verlustes der Unabhängigkeit war sie in vielen Fällen Rückhalt für die nationale Identität.

[...]

Die moderne Schule. Programmatische Grundlage und Unterstützungsprogramme für die Bildung

[...]

Die neuen, von der Regierung inspirierten schulischen Lehrprogramme werden ebenfalls die – oben bereits angeführte – patriotische Erziehung betreffen. Einer der Bestandteile der patriotischen Erziehung wird die Förderung von Schulausflügen sein, die die Umsetzung des Lehrprogramms in den Fächern Geschichte und Polnisch mit zum Ziel haben. Durch die Nutzung eines breiten Angebots von bereits existierenden oder im Aufbau befindlichen Museen werden die Schüler unsere Geschichte und Traditionen kennen lernen. Zu nennen wären das Museum der Geschichte Polens (*Muzeum Historii Polski*), das Museum des Warschauer Aufstandes (*Muzeum Powstania Warszawskiego*), die Museen der Verfeimten Soldaten (*Muzeum Żołnierzy Wyklętych*), das Museum der polnischen Ostgebiete (*Muzeum Kresów*), das Museum der Familie Ulma (*Muzeum Rodziny Ulmów*), das Józef Piłsudski-Museum in Sulejówek (*Muzeum Józefa Piłsudskiego w Sulejówku*), das Museum des Zweiten Weltkrieges (*Muzeum II Wojny Światowej*) (zusammen mit

seiner Außenstelle auf der Westerplatte), das Museum Auschwitz-Birkenau (*Muzeum Auschwitz-Birkenau*), das Staatliche Museum in Majdanek (*Państwowe Muzeum na Majdanku*) oder das Museum des Verbrechens von Piaśnica (*Muzeum Zbrodni Piaśnickiej*). Nicht zu vergessen sind der landschaftliche, der wissenschaftliche und der Erkenntniswert solcher Ausflüge sowie die Möglichkeiten, die moderne Einrichtungen wie das Wissenschaftszentrum Kopernikus (*Centrum Nauki Kopernik*) oder das – geplante – Naturhistorische Museum (*Muzeum Historii Naturalnej*) und das Nationale Technikmuseum (*Narodowe Muzeum Techniki*) bereit stellen. Wir werden den Jugendaustausch zwischen den verschiedenen Regionen Polens entwickeln, mit dem Ziel, die Schüler mit dem Reichtum und der Vielfalt des polnischen kulturellen Erbes und der Landschaft bekannt zu machen. Dies bezieht auch das Erbe der Kresy [die historischen polnischen Ostgebiete, d. Übers.] und die Zusammenarbeit mit den polnischen Schulen im Osten ein.

Patriotische und staatsbürgerliche Erziehung

Wir werden die erzieherische Funktion der Schule stärken. Die polnische Schule wird die jungen Menschen auf das Leben in der Gesellschaft vorbereiten. Die Schüler werden die grundlegenden Normen des gesellschaftlichen Lebens kennen lernen, sie werden dann wissen, dass sie außer Freiheiten und Freizügigkeiten auch Pflichten haben. Sie müssen auch gegenüber den Bedürfnissen anderer Menschen sensibel sein. Wir werden die Hilfsbereitschaft anderen gegenüber stärken, um schlicht und einfach gute Menschen zu erziehen. Geprägt werden wird das **Verantwortungsbewusstsein für die Gemeinschaft**, statt der von vielen Kreisen propagierten Haltung des grenzenlosen Konsumismus und Egoismus. Wir werden der staatsbürgerlichen Erziehung deutlich größere Aufmerksamkeit widmen. Die Jugend muss wissen, dass sich der Mensch nur in der Gemeinschaft vollständig entwickeln kann; als Bürger hat er die Pflicht, sie mitzugestalten. Die Schule, insbesondere die erste Stufe der weiterführenden Schule wird den jungen Menschen mit Wissen und Fähigkeiten ausstatten, die ihm erlauben, gesetzliche Regelungen und **reale demokratische Mechanismen kennen zu lernen und zu verstehen** und zwischen Manipulationen und Wirklichkeit zu unterscheiden. Eine wichtige Rolle wird in diesem Prozess spielen, die **Phase der Unterdrückung Polens durch den Kommunismus und des Übergangsprozesses in die Demokratie kennen zu lernen**.

Zusammen mit der Entwicklung der staatsbürgerlichen Haltung wird die Schule gleichzeitig große Aufmerksamkeit auf die Ausprägung einer patriotischen Einstellung richten. Ohne Kenntnisse der Geschichte, Kultur und Traditionen der eigenen Nation und des Staates ist die Teilhabe an der Gemeinschaft erschwert. **Die Prägung des Gefühls der nationalen und staatlichen Identität wird ein ständiger und wichtiger Bestandteil des Handlungsprogramms der polnischen Schule sein.** Eine entsprechende Auswahl von programmatischen Lektüren und Inhalten erlaubt neben dem Erkenntnis- und intellektuellen Wert, den **gemeinsamen kulturellen Code** zu erhalten, der künftige Generationen der Polen miteinander verbinden wird. Die Achtung der Tradition und der nationalen Helden zu lehren und die Nationalfeiertage zu begehen, wird ein wichtiger Bestandteil der Ausbildung der jungen Generation sein.
[...]

Die Politik der Eigenständigkeit, das heißt die Ablehnung des Klientelismus

Wenn uns die Polen in den Parlamentswahlen ihr Vertrauen schenken, werden wir die Politik weiterverfolgen, **die Eigenständigkeit Polens in den regionalen, europäischen und globalen Beziehungen auszubauen.** Wir sind der Meinung, dass die **Erfolge in der Sozial- und Wirtschaftspolitik Polen eine internationale Position sichern.** Sie erlauben auch eine größere Aktivität in bilateralen Beziehungen, auf internationaler Ebene sowie in globalen Prozessen.

Ebenfalls nicht verändern wird sich die polnische Geschichtspolitik. Im Rahmen dieser Politik werden wir im Jahr 2020 würdig den 100. Jahrestag der Schlacht von Warschau begehen, denn es ist die Geschichte, die unsere Zukunft gestaltet. Unsere Pflicht wird sein, **jegliche Erscheinungen des Antipolonismus sowie Verfälschungen unserer Geschichte, insbesondere mit Bezug zum Zweiten Weltkrieg, zu bekämpfen.** Wir werden die Welt konsequent daran erinnern, dass Polen das Opfer der deutschen und sowjetischen Aggression war. **Das Unrecht im Zuge des Zweiten Weltkrieges wurde bisher nicht entschädigt. Polen hat auch keinerlei materielle Verpflichtungen gegenüber den während dieses Krieges ermordeten Personen.** Die Verbrechen an den Bürgern Polens, auch an denen jüdischer Nationalität, haben die Deutschen verübt und sie sind es, die für die Folgen ihrer Vernichtungspolitik verantwortlich sind.
[...]

Das Netz der Institutionen des Gedenkens

Mit dem Ziel, die nationale Identität zu festigen und zu prägen, haben wir uns als *PiS*-Regierung (*Prawo i Sprawiedliwość* **Recht und Gerechtigkeit**) um eine institutionalisierte Geschichtspolitik gekümmert. Nur eine systemische und systematische Geschichtspolitik kann effektiv sein, und dafür bedarf es auf Dauer angelegter Institutionen und nicht nur einmaliger Aktionen. Heute befassen sich mit der Geschichtspolitik einige Dutzend Institutionen, die dem Kulturminister unterstellt sind.

In den Jahren 2015 bis 2019 haben wir in Polen ein **neues Netz von Museen** geschaffen, das in hohem Maße die bisherigen weißen Flecken in der Geschichtspolitik des Staates ausgleicht. Wir schufen, bauen, leiten mit oder unterstützen systemisch zirka 30 neue und umgestaltete Museumsinstitutionen mit Schlüsselbedeutung für die polnische Identität, darunter: das Museum der Geschichte Polens, die größte Investition in der Geschichte des Ministeriums (geplante Eröffnung 2021), das Museum Johannes Pauls II. und Stefan Kardinal Wyszyńskis (*Muzeum Jana Pawła II i Kardynała Stefana Wyszyńskiego*) (2019), das Józef Piłsudski-Museum in Sulejówek (2020), das Museum der Politischen Gefangenen und Verfeimten Soldaten (*Muzeum Więźniów Politycznych i Żołnierzy Wyklętych*) an der Rakowiecka Straße in Warschau, das Museum der Verfeimten Soldaten in Ostrołęka (*Muzeum Żołnierzy Wyklętych w Ostrołęce*), das Museum der Westerplatte und des Krieges 1939 (*Muzeum Westerplatte i Wojny 1939*), das Museum des Mordes in Piaśnica (*Muzeum Mordu w Piaśnicy*) [oben Museum des Verbrechens von Piaśnica genannt, d. Übers.], das Haus der Familie Pilecki (*Muzeum Dom Rodziny Pileckich*) in Ostrów Mazowiecka, das Museum der Ostgebiete der Alten Republik (*Muzeum Ziemi Wschodnich Dawnej Rzeczypospolitej*) in Lublin, das Museum zum Gedenken der Einwohner der Region Oświęcim (*Muzeum Pamięci Mieszkańców Ziemi Oświęcimskiej*), das Museum des Warschauer Ghettos (*Muzeum Getta Warszawskiego*), das Museums der Erinnerung an Sibirien (*Muzeum Pamięci Sybiru*) in Białystok oder das Museum »Erinnerung und Identität« (*Muzeum »Pamięć i Tożsamość«*) in Thorn (Toruń), das der Vision der polnischen Geschichte in der Lehre Johannes Pauls II. gewidmet ist.

In unsere Obhut haben wir auch alle deutschen Vernichtungslager auf dem Gebiet Polens genommen und betreiben dort eine neue Form der Erinnerung. Das Museumsnetz wird auch durch die Errichtung weiterer, zurzeit vorbereiteter Museumsinstitutionen, vervollständigt, wie das Nationale Technikmuseum, das Stanisław Wyspiański-Museum (*Muzeum Stanisława Wyspiańskiego*), das Kunstgewerbemuseum (*Muzeum Polskiej Sztuki Użytkowej*) als neue Filiale des Nationalmuseums (*Muzeum Narodowe*) in Krakau (Kraków), das Museum der Polarforschung in Puławy (*Muzeum Badań Polarnych w Puławach*), der Oberschlesische Pantheon in Kattowitz (Katowice) (*Panteon Śląski w Katowicach* [sic!]), das Naturhistorische Museum in Warschau, das Priester Jerzy Popiełuszko-Museum in Okopy (*Muzeum ks. J. Popiełuszki w Okopach*) oder das Interaktive Zentrum für Märchen und Animation in Bielsko-Biała (*Interaktywne Centrum Bajki i Animacji*).

Wir werden – sollte dies der Wunsch der Wähler sein – die zurzeit realisierten und geplanten Investitionen im Bereich der Museumspolitik konsequent fortsetzen. Die Pflicht des Staates ist es auch – im Rahmen der Möglichkeiten seines Haushalts –, die Selbstverwaltungsorgane bei ihren Plänen zu unterstützen, neue Kulturinstitutionen zu bauen: Museen, Konzertsäle, Opernhäuser und Theater.

Außer den Museen spielen bei der Prägung der polnischen Identität mit Hilfe der Institutionalisierung des Gedächtnisses auch spezialisierte wissenschaftliche und operative Einrichtungen eine wichtige Rolle. Die wichtigste ist hier das seit kurzem in neuem rechtlichem Rahmen tätige **Institut für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*)**. Die **PiS unterstützt konsequent die Tätigkeit des Instituts und betrachtet diese Institution als wichtige Säule der polnischen Erinnerungs- und Identitätspolitik.**

Angesichts der in der polnischen Geschichtspolitik immer noch bestehenden weißen Flecken und zahlreichen Unterlassungen hat die *PiS*-Regierung in den letzten Jahren auch zwei neue Institutionen berufen, die sich mit dem polnischen Erbe und Gedenken befassen, das **Witold Pilecki-Institut für Solidarität und Tapferkeit (*Instytut Solidarności i Męstwa im. Witolda Pileckiego*)** sowie das **Institut für das Polnische Erbe im Ausland »POLONIKA« (*Instytut Polskiego Dziedzictwa za Granicą »POLONIKA«*)**.

Aufgabe des Pilecki-Instituts ist die Popularisierung und Verbreitung der Geschichte Polens im 20. Jahrhundert – auch in englischer Sprache – mit Hilfe digitaler Formate und zugänglich gemachter Quelldokumente zu den Opfern der Totalitarismen aus polnischen, amerikanischen und europäischen Archiven. Das Institut hat eine Internetdatenbank, »Aufzeichnungen des Terrors« (*Zapisy Terroru*), mit Schilderungen von polnischen Bürgern aufgebaut. Am 19. Juni 2019 hat Präsident Andrzej Duda auf Antrag des Pilecki-Instituts zum ersten Mal 14 Preisträgern und ihren Nachkommen die Medaille »**Virtus et Fraternitas**« verliehen, als Auszeichnung für die Hilfe und Rettung polnischer Bürger in Zeiten des Terrors.

Im Jahr 2017 haben wir auch ein neues Netzwerk zur Erinnerungsforschung gegründet, das Kulturinstitute in Nordostpolen unter dem Namen **Netzwerk der Westlichen und Nördlichen Gebiete (*Sieć Ziemi Zachodnich i Północnych*)** umfasst. Es wird im Rahmen des strategischen Projektes »Das Erbe baut die Gemeinschaft« (*Dziedzictwo buduje wspólnotę*) der Strategie für Verantwortungsvolle Entwicklung (*Strategia na rzecz Odpowiedzialnego Rozwoju*) realisiert und umfasst Institutionen, die dem Ministerium für Kultur und Nationales Erbe unterstehen: das Zentrum Erinnerung und Zukunft (*Ośrodek Pamięć i Przyszłość*) in Breslau (Wrocław) als Koordinator, das Dialogzentrum »Umbrüche« (*Centrum Dialogu »Przełomy«*) des Nationalmuseums in Stettin (Szczecin), das Wojciech Kętrzyński-Nordinstitut in Olsztyn (*Instytut Północny im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie*) sowie das Staatliche Wissenschaftliche Institut –

Schlesisches Institut in Oppeln (*Państwowy Instytut Naukowy – Instytut Śląski w Opolu*) (seit 1. August 2019 als Kulturinstitution unter dem Namen *Instytut Śląski*) und das Zygmunt Wojciechowski-Westinstitut (*Instytut Zachodni im. Zygmunta Wojciechowskiego*) in Posen (Poznań), das der Kanzlei des Ministerpräsidenten unterstellt ist.

Das Ziel des Netzwerkes ist die Stärkung der polnischen Erinnerungspolitik in den Westlichen und Nördlichen Gebieten (darunter auch die Woiwodschaften Oppeln (województwo opolskie), Lebusser Land (woj. lubuskie) und Ermland-Masuren (woj. warmińsko-mazurskie), die die niedrigsten Indizes für kulturelle Teilhabe aufweisen). Das Netzwerk realisiert die Forderung nach dem Bau des Museums der Westgebiete (*Muzeum Ziemi Zachodnich*), das die Erzählung vom Phänomen des Wiederaufbaus dieser Gebiete und von der Formierung der neuen Gesellschaft zusammen mit der Bedeutung ihres kulturellen Schaffens in der Nachkriegsgeschichte Polens darstellen soll. Das Netzwerk verfolgt eine sehr intensive Forschungs- und Ausstellungstätigkeit. Im Jahr 2019 wird ein neues Programm der Akademie der Westlichen und Nördlichen Gebiete (*Akademia Ziemi Zachodnich i Północnych*) aufgelegt, das sich an junge Wissenschaftler verschiedener Disziplinen richtet.

Im Jahr 2019 begab sich die PiS-Regierung zusammen mit der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft »Solidarność« (NSZZ »Solidarność«) auch daran, das Institut für das Erbe der Solidarność (*Instytut Dziedzictwa Solidarności*) zu berufen, dessen Mission es sein wird, das Wissen über das größte Phänomen des polnischen Republikanismus und seine Verdienste für die Welt zu verbreiten. Wir sind der Auffassung, dass sich infolge der Unterlassungen der Dritten Republik und der Aneignung des Europäischen Solidarność-Zentrums (*Europejskie Centrum Solidarności*) in Danzig (Gdańsk) durch eine bestimmte politische Option, die es ablehnte, sich die Verantwortung für diese Institution mit der gegenwärtigen Regierung Polens zu teilen, die Erzählung von der polnischen Solidarność und ihrer Bedeutung für die Geschichte leider nicht in ausreichendem Maße auf die globale Narration niedergeschlagen hat. Der Sturz des Kommunismus in der Welt wird – entgegen der historischen Wahrheit – eher mit der Berliner Mauer als mit dem Phänomen der polnischen Solidarność assoziiert. Recht und Gerechtigkeit steht auf dem Standpunkt, dass der polnische Staat angesichts dieser Tatsache nicht gleichgültig sein kann und daher die Entstehung von Institutionen betreiben muss, die wirklich für die Erinnerung und das Image der polnischen Solidarność kämpfen. In diesem Zusammenhang planen wir auch, gemeinsam mit den Behörden der Stadt Stettin eine weitere Institution ähnlicher Art zu berufen, die sich konkret in Gestalt des Zentrum Werft – Erinnerung und Solidarność (*Ośrodek Stocznia – Pamięć i Solidarność*) mit den Stettiner Vereinbarungen des Jahres 1980 befasst.
[...]

Fettdruck im Original

Quelle: *Polski model państwa dobrobytu Program Prawa i Sprawiedliwości [Das polnische Modell des Wohlfahrtsstaates. Programm der Partei Recht und Gerechtigkeit]. 2019. www.pis.org.pl/dokumenty (abgerufen am 03.09.2021).*

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

CHRONIK

6. Juli – 6. September 2021

06.07.2021	Der stellvertretende Außenminister Paweł Jabłoński stellt auf einer Pressekonferenz die sogenannte Wirtschaftsdiplomatie des Außenressorts dar. Dazu gehört die Werbung für Polen als Spitzentechnologiestandort in den Bereichen Finanztechnologie, Cybersicherheit, Smart Cities, Medizintechnologie, grüne Technologien, digitale Landwirtschaft und Drohnen.
07.07.2021	Eine Gruppe von Abgeordneten der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) bringt einen Entwurf für eine Novelle des Rundfunk- und Fernsehgesetzes in den Sejm ein. Demnach sollen Mediensgesellschaften mit Sitz in Polen nicht von Konzernen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes kontrolliert werden. Beobachter sehen in dem Entwurf einen Angriff auf die regierungskritisch berichtende TVN-Gruppe, die dem US-amerikanischen Medienkonzern Discovery Inc. gehört.

07.07.2021	In Wilna (Litauen) unterzeichnen die Außenminister Litauens, Polens und der Ukraine, Gabrielius Landsbergis, Zbigniew Rau und Dmytro Kuleba, eine sogenannte Road Map für die Zusammenarbeit im Rahmen des Lubliner Dreiecks (Litauen, Polen, Ukraine). Genannt werden der trilaterale politische Dialog, Energie- und Cyber-sicherheit, die Bekämpfung von hybriden Bedrohungen und Desinformationsaktionen sowie das gemeinsame Auftreten auf internationaler Ebene.
08.07.2021	Der Sejm wählt mit 380 Stimmen bei 43 Gegenstimmen und drei Enthaltungen den Rechtswissenschaftler Marcin Wiącek zum Bürgerrechtsbeauftragten. Es ist der sechste Versuch, das Amt zu besetzen. Die Wahl muss noch vom Senat bestätigt werden. Wiącek hatte sich bereits beim Wahlgang im Juni beworben, er unterlag aber der Gegenkandidatin Lidia Staroń. Diese erhielt jedoch keine Mehrheit im Senat.
09.07.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nimmt in Ljubljana (Slowenien) am Treffen der Regierungschefs von Slowenien und der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) teil. Slowenien hat zurzeit den EU-Ratsvorsitz inne. Thematisiert wird u. a. die europäische Asylpolitik. Morawiecki spricht sich für einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen gegen illegale Grenzübertritte aus.
11.07.2021	Präsident Andrzej Duda sagt seinem litauischen Amtskollegen, Gitanas Nausėda, die entschiedene Unterstützung Polens gegen illegale Immigration nach Litauen zu. Hintergrund ist, dass der Präsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, als Reaktion auf EU-Sanktionen die Grenze nach Litauen für Migranten beispielsweise aus Afrika und dem Nahen Osten öffnet. Lukaschenko wird vorgeworfen, diese zielgerichtet ins Land geholt zu haben. Litauen hat daraufhin seine Grenze verstärkt.
12.07.2021	Beim Treffen des Rates »Auswärtige Angelegenheiten« der Europäischen Union unterstreicht Außenminister Zbigniew Rau die Notwendigkeit, mit den USA zusammenzuarbeiten, um für globale Standards im Bereich der Digitalisierung zu werben. Ein Ziel sei es, zu vermeiden, dass sich die Welt im Umgang mit dem Internet in zwei einander gegenüber stehende Blöcke aufspalte.
13.07.2021	In einer Stellungnahme beurteilt das Außenministerium den Verlauf und das Ergebnis der Neuwahlen des Parlaments in der Republik Moldau am 11. Juli positiv. Es habe sich gezeigt, dass sich die Wähler vom Erbe des postsowjetischen Systems lossagen und reale Reformen durchführen wollen. Polen sei bereit, die Modernisierungsprozesse in der Republik Moldau sowohl bilateral als auch im Rahmen multilateraler Zusammenarbeit in Mittelosteuropa und Osteuropa zu unterstützen. In der Republik Moldau hat die pro-europäische Partei PAS einen deutlichen Sieg eingeholt.
14.07.2021	Michał Kuczmierowski, Vorsitzender der Regierungsagentur für Strategische Reserven (Rządowa Agencja Rezerw Strategicznych – RARS), teilt mit, dass Polen im Rahmen der europäischen Verhandlungen ca. 100 Mio. Impfdosen gegen Covid-19 bei verschiedenen Herstellern bestellt hat, die bis Ende März 2022 geliefert werden sollen. Aktuell seien ca. 41 Mio. Impfdosen geliefert worden. In Anbetracht des Impfgeschehens in Polen und einer Impfeserve zeichne sich ab, dass Polen mehrere Millionen Dosen im zweistelligen Bereich an andere Länder, u. a. die Ukraine, Georgien und die Balkanstaaten, verkaufen könne.
14.07.2021	Das Verfassungstribunal (Trybunał Konstytucyjny – TK) urteilt, dass einstweilige Verfügungen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Luxemburg zur Disziplinarkammer des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) Polens nicht umgesetzt werden müssen. Hintergrund ist ein Rechtsstreit mit der Europäischen Kommission, die eine Gefährdung der Unabhängigkeit der Richter im polnischen Justizsystem durch die Disziplinarkammer sieht.
15.07.2021	Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg urteilt, dass die Disziplinarkammer am Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN) Polens nicht EU-rechtskonform ist, da Richter politisch unter Druck gesetzt werden könnten und die Unabhängigkeit der Gerichte beeinträchtigt werden könnte. Die Klage hat die Europäische Kommission eingereicht.
15.07.2021	Justizminister Zbigniew Ziobro sagt mit Blick auf das am heutigen Tag gefällte Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in Luxemburg zur Unvereinbarkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN) in Polen mit EU-Recht, es handele sich um ein politisches Urteil, das auf politische Bestellung der EU-Kommission gefällt worden sei. Dahinter stehe »koloniales Denken« und die Einteilung der EU-Mitgliedsstaaten in bessere und schlechtere.
15.07.2021	Die Europäische Kommission leitet ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen im Zusammenhang mit der Gleichberechtigung und dem Schutz der Grundrechte ein. Hintergrund ist, dass die polnischen Behörden die Untersuchung der Europäischen Kommission zu den sogenannten »LGBT-freien Zonen« in einigen Gemeinden in Polen nicht vollständig und angemessen unterstützt haben. Polen hindere damit die Kommission an der Ausübung ihrer Befugnisse und verstoße gegen den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit, heißt es in der Erklärung der Europäischen Kommission.

17.07.2021	Szymon Szykowski vel Sęk, Staatssekretär im Außenministerium und Regierungsbeauftragter für den Vorsitz Polens in der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn), sagt, eine Aufgabe für die unmittelbare Zukunft der Gruppe sei die rechtliche Vorbereitung für den Aufbau einer gemeinsamen Kampfgruppe der Streitkräfte. Der einjährige polnische Vorsitz der Visegrád-Gruppe wurde am 1. Juli turnusgemäß von Ungarn abgelöst.
19.07.2021	Auf dem Außenministertreffen der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Komárom (Ungarn) fordert Außenminister Zbigniew Rau, dass eine Reform des europäischen Asylrechts auf dem Konsens aller EU-Mitgliedsstaaten basieren müsse. Die Visegrád-Gruppe bleibe bei ihrer Haltung, dass eine zwangsweise Verteilung von Flüchtlingen das Problem der illegalen Migration in die Europäische Union nicht löse.
20.07.2021	Die EU-Kommission stellt den diesjährigen Rechtsstaatsbericht vor. Zu der 2015 in Polen unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingeführten Justizreform werden »erhebliche Bedenken« formuliert. Die Unabhängigkeit der Justiz sei geschwunden, während der Einfluss von Exekutive und Legislative zugenommen habe, heißt es in dem Bericht.
21.07.2021	Auf einer Pressekonferenz kritisiert Vizejustizminister Sebastian Kaleta scharf die Europäische Kommission, die am Vortag in ihrem diesjährigen Rechtsstaatsbericht »erhebliche Bedenken« gegen die Justizreform in Polen formuliert hat. Die Kommission lege zweierlei Maß an die EU-Mitgliedsstaaten an, was darin zum Ausdruck komme, dass sie keine Vorbehalte gegenüber Deutschland äußere, obwohl dort die Richter – wie in Polen – von Politikern gewählt werden.
21.07.2021	In einer gemeinsamen Stellungnahme halten Außenminister Zbigniew Rau und sein ukrainischer Amtskollege Dmytro Kuleba fest, dass die Entscheidung für den Bau der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 eine politische und militärische Gefahr sowie eine Bedrohung für die Energiesicherheit der Ukraine und Osteuropas darstelle. Sie stärke das Potential Russlands, die Sicherheit in Europa zu destabilisieren und die Spaltung in der NATO und in Europa zu verfestigen. Polen und die Ukraine würden sich gegen Nord Stream 2 stellen, bis eine Lösung für die durch sie hervorgerufene Sicherheitskrise gefunden sei. Das Ziel sei, die europäischen Bestrebungen der osteuropäischen Länder zu unterstützen und die Gefährdung des Friedens und der Energiesicherheit zu verringern. Hintergrund ist, dass die Gaspipeline, die russische Gaslieferungen durch die Ostsee nach Deutschland transportieren soll, kurz vor ihrer Fertigstellung steht. Neben der Kritik an der Abhängigkeit von Russland besteht die Sorge, die Ukraine als Energie-Transitland könne an Bedeutung verlieren.
21.07.2021	Der Medizinische Rat, ein Beratergremium der Regierung, spricht sich zur Bekämpfung der Corona-Pandemie für obligatorische Covid-19-Impfungen für das medizinische Personal sowie Lehrer aus.
23.07.2021	Marcin Wiącek wird im Sejm zum Bürgerrechtsbeauftragten vereidigt. Vor zwei Tagen hat der Senat mit 93 Stimmen bei fünf Enthaltungen seine Wahl durch den Sejm Anfang Juli bestätigt.
23.07.2021	Der Sejm nimmt den Haushaltsbericht für das Jahr 2020 mit 234 Ja-Stimmen bei 213 Gegenstimmen und drei Enthaltungen an. Die Einnahmen betragen im Jahr 2020 ca. 420 Mrd. Zloty, die Ausgaben ca. 505 Mrd. Zloty. Das Haushaltsgesetz vom Februar 2020 sah einen ausgeglichenen Haushalt in Höhe von ca. 435 Mrd. Zloty vor. Aufgrund der herrschenden Corona-Pandemie war jedoch eine Haushaltsnovelle erforderlich.
24.07.2021	Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie von der Partei Verständigung (Porozumienie), kritisiert das Steuerkonzept des Wirtschafts- und Sozialprogramms »Polnische Ordnung« (Polski Ład), da es die Reichen nicht höher besteuern soll. Das Programm, das Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vertritt, hat zum Ziel, den Wiederaufbau der Wirtschaft nach der Corona-Pandemie zu fördern.
26.07.2021	Auf einer Pressekonferenz im Containerhafen in Danzig (Gdańsk) unterstreicht Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass der zurzeit durchgeführte Ausbau (»Baltic Hub Terminal 3«) zum Ziel habe, Danzig als größten Containerhafen an der Ostsee aufzustellen und so mit den Häfen in Hamburg und Rotterdam konkurrieren zu können. Durch den Ausbau sollen die Umschlagkapazitäten auf 4,5 Mio. TEU (20-Fuß-Standardcontainer) steigen. Die Erweiterung soll Mitte 2024 abgeschlossen sein.
27.07.2021	Außenminister Zbigniew Rau trifft sich in Berlin mit Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin von Bündnis 90/ Die Grünen, und Olaf Scholz, Kanzlerkandidat der SPD, sowie mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. Ein Ziel der Gespräche sei gewesen, die Ablehnung Polens gegenüber der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 als Gefahr für die europäische Solidarität zu bekräftigen. Rau zeigt sich erfreut, dass Bündnis 90/Die Grünen die kritische Einstellung Polens teilen, und spricht sich dafür aus, dass ihr Standpunkt in eventuellen Koalitionsgesprächen nach der Bundestagswahl im September Gehör findet. Im Gespräch mit Schäuble wird insbesondere der Gedenkort für die polnischen Opfer in Berlin thematisiert. Er erwarte eine rasche Umsetzung des Bundestagsbeschlusses vom Oktober 2020, so Rau.

27.07.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und Innenminister Mariusz Kamiński geben bekannt, dass bei der Polizei ein Zentrales Büro zur Bekämpfung von Cyberkriminalität (Centralne Biuro Zwalczenia Cyberprześcpczości) mit 1.800 Stellen eingerichtet werden soll. Angestrebt wird, dass es zum 1. Januar 2022 seine Arbeit aufnehmen wird.
29.07.2021	Polen stellt für die betroffenen Gebiete der Unwetterkatastrophe in Nordrhein-Westfalen mehr als 160 Baurockner zur Verfügung.
30.07.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Gesundheitsminister Adam Niedzielski und der Impfbeauftragte der Regierung, Michał Dworczyk, informieren auf einer Pressekonferenz über die aktuelle Lage der Corona-Pandemie in Polen. Morawiecki ruft die Bevölkerung zur Impfung auf, da dies die einzige wirksame Methode zur Bekämpfung von Covid-19 sei. Zurzeit würden 100 Infektionsfälle pro Tag in Polen verzeichnet. Ca. 300 Intensivbetten seien belegt und 40 Beatmungsgeräte im Einsatz. Vorherrschend sei die Delta-Variante des Coronavirus (im Juni 60 % der Infektionen). Bisher seien 34 Mio. Impfungen verabreicht worden, 17 Mio. Personen seien vollständig geimpft.
01.08.2021	Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der CDU, nimmt am letzten Tag seines zweitägigen Besuchs in Warschau am offiziellen Gedenken aus Anlass des 77. Jahrestages des Beginns des Warschauer Aufstandes gegen die nationalsozialistischen Besatzer teil. Auf dem Programm standen außerdem Gespräche u. a. mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, Präsident Andrzej Duda und Senatsmarschall Tomasz Grodzki. Thematisiert wurden die Beziehungen zwischen NRW und Polen sowie europäische Fragen, u. a. der Rechtsstaatlichkeit.
02.08.2021	Die belarussische Sprinterin Kristina Timanowskaja, die an den Olympischen Spielen in Tokio teilnimmt, erhält in der Botschaft der Republik Polen in Tokio ein »humanitäres Visum«. Nach ihrer Darstellung sei sie nach Kritik an belarussischen Sportfunktionären bedroht worden und sollte nicht mehr am Wettkampf teilnehmen sowie gegen ihren Willen nach Belarus zurückkehren.
04.08.2021	Vizeaußenminister Marcin Przydacz teilt mit, dass die belarussische Olympiasprinterin Kristina Timanowskaja auf dem Warschauer Flughafen gelandet ist. Timanowskaja hatte bei den Olympischen Spielen in Tokio belarussische Sportfunktionäre kritisiert. In ihrer Darstellung sei sie bedroht worden und erwarte sie politische Verfolgung in Belarus.
05.08.2021	Die Erste Präsidentin des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN), Małgorzata Manowska, entbindet die Disziplinarkammer des SN von einigen Aufgaben. Die Kammer soll keine neuen Disziplinarverfahren von Richtern oder Staatsanwälten mehr übernehmen. Dies soll den Konflikt mit der Europäischen Kommission abmildern und in Aussicht gestellte Geldstrafen abwenden. Die Angelegenheiten, die an die Kammer gerichtet werden, liegen bis Mitte November in Manowskas Aufgabenbereich.
06.08.2021	In einer Stellungnahme kritisiert Justizminister Zbigniew Ziobro scharf die Anordnungen der Ersten Präsidentin des Obersten Gerichtes (Sąd Najwyższy – SN), Małgorzata Manowska, vom Vortag, die Arbeit der Disziplinarkammer des SN teilweise auszusetzen. Die »vollständige Blockade« der Kammer sei nicht gesetzes- und verfassungskonform.
06.08.2021	Angesichts der von Belarus beförderten illegalen Migration nach Litauen geben Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und seine litauische Amtskollegin Ingrida Šimonytė eine Erklärung zu dem von Belarus begonnenen »hybriden Krieg« heraus. Polen und Litauen verurteilen, dass das Regime von Alexander Lukaschenko die Migration als politisches Druckmittel auf die Europäische Union und einzelne Mitgliedsstaaten einsetze. Sie rufen die EU und ihre Mitgliedsländer auf, die diplomatische, finanzielle und technische Unterstützung für Litauen zu verstärken und alle verfügbaren Mittel einzusetzen, um den neu entstehenden Pfad für illegale Migration in die EU zu unterbinden. Die Situation müsse außerdem zum Anlass genommen werden, um die gemeinsame europäische Migrations- und Asylpolitik zu stärken und den Schutz der EU-Außengrenzen zu überdenken. Dieser sei nicht die Aufgabe einzelner Mitgliedsstaaten. Hintergrund ist, dass Lukaschenko infolge von politischen Konflikten mit der Europäischen Union die Grenzen zwischen Belarus und Litauen für Flüchtlinge aus dem Nahen Osten geöffnet hat. Litauen hat daraufhin seine Grenze verstärkt, Belarus nimmt die Migranten jedoch nicht zurück.
10.08.2021	Regierungssprecher Piotr Müller gibt bekannt, dass Ministerpräsident Mateusz Morawiecki seinen Stellvertreter Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie, entlassen hat. Vorläufig wird Morawiecki das Ressort übernehmen. Als offizieller Grund für die Entlassung gilt, dass das Ministerium zu langsam an zwei Gesetzesentwürfen für das von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) konzipierte Wirtschafts- und Sozialprogramm »Polnische Ordnung« (Polski Ład) gearbeitet habe. Gowin gehört zu den Kritikern des Programms. Müller zeigt sich überzeugt, dass die Entlassung nicht zu einem Bruch der Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) führen werde. Gowin ist Parteivorsitzender des Koalitionspartners Verständigung (Porozumienie).

11.08.2021	Der Sejm stimmt mit 228 Stimmen (216 Gegenstimmen, zehn Enthaltungen) für eine von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebrachte Novelle des Rundfunk- und Fernsehgesetzes. Mediengesellschaften mit Sitz in Polen sollen nicht von Konzernen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes kontrolliert werden. Dies betrifft die regierungskritisch berichtende TVN Gruppe, die dem US-amerikanischen Konzern Discovery Inc. gehört. Kritik gegen die sogenannte »Lex TVN« kam zuvor von zahlreichen Journalisten- sowie Handelsverbänden im In- und Ausland. Über 1.000 polnische Journalistinnen und Journalisten unterzeichneten einen Unterstützerbrief für TVN. Hauptkritikpunkt ist, dass die Unabhängigkeit der Medien beschränkt werde.
11.08.2021	Nach der Entlassung von Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie von der Partei Verständigung (Porozumienie), teilt Parteisprecher Jan Strzeżek mit, dass die Partei die Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (Zjednoczona Prawica) und die Sejmfraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) verlässt. Mehrere Mitglieder von Verständigung stellen außerdem ihre Ämter in den Ministerien zur Verfügung. Die PiS-Fraktion verfügt nun über 227 von 460 Stimmen im Sejm.
13.08.2021	Der Ministerrat beruft gemäß einer Verordnung vom Vortag das Ministerium für Entwicklung und Technologie. Es umfasst die Arbeitsfelder Bauwesen, Flächenplanung und -bewirtschaftung sowie Wohnungswesen, Wirtschaft und Tourismus. Das Ministerium geht aus dem bisherigen Ressort für Entwicklung, Arbeit und Technologie hervor und wird seit der Entlassung von Minister Jarosław Gowin Anfang der Woche von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki geführt. Der Aufgabenbereich »Arbeit« ist nun dem Ministerium für Familie und Sozialpolitik zugeordnet.
14.08.2021	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet eine Verwaltungsrechtsreform, die der Sejm am 24. Juni verabschiedet hat. Sie legt fest, dass das Recht auf Rückgabe von Eigentum nach 30 Jahren verjährt ist. Die Reform, die auf ein Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) aus dem Jahr 2015 zurückgeht, beende die Phase des rechtlichen Chaos und der »Reprivatisierungsmafia« sowie die Unsicherheit von Millionen Polen, sagt Duda der Polnischen Presseagentur (Polska Agencja Prasowa). Kritiker sehen negative Folgen beispielsweise für Rückgabeforderungen für jüdisches Eigentum im Zusammenhang mit dem Holocaust.
14.08.2021	Der Außenminister Israels, Jair Lapid, sagt als Reaktion auf die Unterzeichnung der Verwaltungsrechtsreform durch Präsident Andrzej Duda am selben Tag, Polen habe »nicht zum ersten Mal ein unmoralisches, antisemitisches Gesetz gebilligt«. Er teilt mit, dass der Chargé d’Affaires der Botschaft Israels in Warschau abgezogen und der neue Botschafter Israels in Polen in Israel bleiben wird. Die Verwaltungsrechtsreform legt fest, dass das Recht auf Rückgabe von Eigentum nach 30 Jahren verjährt ist.
16.08.2021	Das Außenministerium teilt mit, dass Polen seinen Botschafter aus Tel Aviv (Israel) bis auf weiteres abgezogen hat. Der Grund dafür seien die unbegründete Entscheidung Israels, diplomatisches Personal aus Polen zurück zu ordern, sowie inakzeptable Äußerungen von Mitgliedern der israelischen Regierung. Hintergrund ist die Unterzeichnung einer Verwaltungsrechtsreform, die am 24. Juni vom Sejm verabschiedet wurde. Sie beinhaltet eine Verjährung von Verwaltungsentscheidungen nach 30 Jahren. Kritiker, u. a. aus Israel und den USA, sehen die Gefahr, dass dadurch die Rückgabe jüdischen Eigentums und die Entschädigung der Opfer des Holocaust verhindert wird.
17.08.2021	Der stellvertretende Außenminister Marcin Przydacz gibt die Entscheidung von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki bekannt, 45 humanitäre Visa an afghanische Ortskräfte und deren Angehörige auszugeben, die für die Bündnispartner des NATO-Militäreinsatzes in Afghanistan gearbeitet haben. Hintergrund ist der zurzeit laufende Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan bei gleichzeitigem raschem Vorrücken der Taliban. Die Herrschaftsübernahme der Taliban wird als Bedrohung für die afghanische Bevölkerung gewertet, insbesondere für diejenigen, die für die ausländischen Streitkräfte und humanitären Organisationen tätig waren.
18.08.2021	Vor dem Beginn des neuen Schuljahres wirbt das Gesundheitsministerium in einem Brief an die Schuldirektoren, Lehrer und Eltern dafür, die Schüler im Alter zwischen 12 und 15 Jahren gegen Covid-19 impfen zu lassen. Dafür stünden zurzeit Impfmittel der Pharmakonzerne Pfizer/BioNTech (USA/Deutschland) sowie Moderna (USA) zur Verfügung. Eine Impfung sei aktuell der wirksamste Weg, die Corona-Pandemie zu bekämpfen.
19.08.2021	Der Woiwodschaftslandtag (<i>sejmik</i>) der Woiwodschaft Kleinpolen (województwo małopolskie) stimmt auf einer Sondersitzung mehrheitlich mit den Stimmen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) dagegen, die sogenannte »Anti-LGBT Erklärung« aus dem Jahr 2019 zurückzuziehen. Der Hintergrund der Abstimmung ist, dass die Europäischen Kommission im Juli 2021 die Selbstverwaltung der Woiwodschaft darüber informiert hat, dass EU-Gelder zurückgehalten werden können, wenn die Erklärung nicht zurückgenommen wird, da das Dokument die Rechte sexueller Minderheiten verletzt.

20.08.2021	Przemysław Czarnek, Minister für Bildung und Wissenschaft, nimmt online an einer Diskussion des Jugendforums LGBT+ (Młodzieżowe Forum LGBT+) in Warschau teil. Sein Stellvertreter Tomasz Rzymkowski ist vor Ort zugegen. In einer Stellungnahme lobt Czarnek anschließend das sachliche und ruhige Gespräch. Wiktoria Magnuszewska (Jugendforum) sagt nach dem Treffen den Medien, Czarnek habe in der Diskussion nicht präzisiert, was er unter »LGBT-Ideologie« versteht. Das Jugendforum erwarte eine schriftliche Antwort sowie außerdem konkrete Maßnahmen zur Verringerung von Diskriminierung gegenüber nicht heteronormativen Personen in der Schule und die Einberufung eines Runden Tisches über die Zukunft des polnischen Bildungswesens in Bezug auf LGBT. Magnuszewska kündigt die Planung weiterer Treffen dieser Art an.
21.08.2021	Das Außenministerium gibt eine Erklärung aus Anlass des ersten Jahrestages des versuchten Giftanschlags auf den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny ab, der in Russland mutmaßlich vom russischen Geheimdienst ausgeführt wurde. Polen sei tief beunruhigt angesichts des Einsatzes einer chemischen Waffe, der eine Verletzung der Konvention des Chemiewaffenverbots darstellt. Die russische Regierung werde aufgerufen, eine sachliche und transparente Untersuchung des Vorfalls durchzuführen. Polen sei außerdem tief beunruhigt über die fortwährende Verschlechterung der Lage in Russland und die andauernden Repressionen gegenüber Oppositionellen, Menschenrechtsaktivisten, unabhängigen Medien und der Zivilgesellschaft.
21.08.2021	In Usnarz Górny (Woiwodschaft Podlachien/województwo podlaskie) sichern der polnische Grenzschutz und Soldaten der polnischen Armee die Grenze zu Belarus, wo auf belarussischem Territorium eine Gruppe von Flüchtlingen aus Afghanistan kampiert. Journalisten, Vertreter humanitärer Organisationen und Politiker werden von den polnischen Einsatzkräften nicht zur Grenze durchgelassen. Gabriela Morawska-Stanecka, stellvertretende Senatsmarschallin und Mitglied des Menschenrechtsausschusses des Senats, kritisiert vor Ort, dass auch Ärzte nicht zu hilfsbedürftigen Migranten vorgelassen werden. Belarus wird vorgeworfen, die Migranten zielgerichtet nach Belarus und an die EU-Außengrenze geleitet zu haben, um durch Migrationsdruck die Lage in der EU und den betreffenden EU-Staaten zu destabilisieren. Im Hintergrund stehen politische Konflikte zwischen Belarus und der EU sowie Polen und auch Litauen, die belarussische Oppositionelle aufgenommen haben.
22.08.2021	Das polnische Außenministerium teilt mit, dass es Belarus angesichts der schwierigen Situation der Immigranten, die sich in Belarus in der Grenzregion aufhalten, humanitäre Hilfe in Form von Sachmitteln (Zelte, Decken, Medikamente u. ä.) angeboten hat. Hintergrund ist, dass der Staatspräsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, infolge politischer Konflikte mit der Europäischen Union die Grenzen zwischen Belarus und den EU-Staaten für Flüchtlinge (u. a. aus Afghanistan und dem Nahen Osten) geöffnet hat, mit dem Ziel, die EU und die betreffenden Staaten zu destabilisieren.
23.08.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki und seine Amtskollegen in Estland, Lettland und Litauen geben eine gemeinsame Erklärung zur Situation in den Grenzregionen mit Belarus heraus. Dort befinden sich Immigranten u. a. aus dem Nahen Osten und Afghanistan, die Belarus mutmaßlich zielgerichtet für einen Grenzübertritt in die EU ins Land gelassen hat. Die betreffenden EU-Staaten öffnen jedoch nicht ihre Grenzen. In der Erklärung heißt es, es sei klar, dass das belarussische Regime die Lage systematisch und geplant herbeigeführt habe und die eingelassenen Immigranten instrumentalisieren, um die Nachbarstaaten zu destabilisieren. Unzulässig sei es, dass Belarus die hereingelassenen Immigranten unrechtmäßig an die Außengrenzen zur EU gebracht und sie davon abgehalten habe, in ihre Heimatländer zurückzukehren. Belarus setze die Immigranten als Waffe ein und verletze damit die Menschenrechte sowie es einen hybriden Angriff auf die genannten Staaten und die Europäische Union ausübe. Die EU sollte die Vereinten Nationen (UN) einschalten und erneut den EU-Grenzschutz überdenken. Dieser sei nicht nur Aufgabe einzelner Mitgliedsstaaten, sondern der gesamten EU.
23.08.2021	Zur Evakuierung von afghanischen Ortskräften, die mit den polnischen Streitkräften während des 20-jährigen internationalen Einsatzes in Afghanistan zusammengearbeitet haben, richtet Polen eine Luftbrücke zwischen Warschau, Tiflis (Georgien), Navoi (Usbekistan) und Kabul (Afghanistan) ein. Der Hintergrund ist, dass mit dem nun endenden internationalen Einsatz die Taliban rasch in Afghanistan vorrücken.
24.08.2021	Das Außenministerium teilt mit, dass Belarus keine Einreiseerlaubnis für einen Hilfskonvoi aus Polen gegeben hat. Die Sachmittel wären für die an der belarussischen Grenze kampierenden Migranten bestimmt gewesen, die der belarussische Staatspräsident Alexander Lukaschenko zur Weiterreise in die Europäische Union aus dem Nahen Osten, Afrika und Afghanistan gezielt nach Belarus einließ. Polen spricht von organisierter illegaler Migration zum Zweck der Destabilisierung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten.
24.08.2021	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki gibt auf einer Pressekonferenz bekannt, dass als Reaktion auf den von Belarus aufgebauten illegalen Migrationsdruck die Errichtung eines drei Meter hohen Grenzzaunes an der polnisch-belarussischen Grenze in Kürze beginnen und mehrere Wochen dauern wird. Zunächst betreffe dies den Grenzabschnitt, der am einfachsten illegal zu übertreten sei; dabei handele es sich um 180 bis 190 Kilometer der 418 Kilometer langen Grenze mit Belarus.

25.08.2021	Soldaten der polnischen Armee beginnen mit der Errichtung eines mindestens zwei Meter hohen Zaunes an der Grenze zu Belarus in der Region Zuprzyca Wielka (Woiwodschaft Podlachien/województwo podlaskie). Damit sollen illegale Grenzübertritte erschwert werden, schreibt Innenminister Mariusz Błaszczak im Nachrichtendienst »Twitter«. Zurzeit kampieren einige Dutzend Afghanen an der Grenze, denen Polen keinen Einlass gewährt. Polen wirft Belarus vor, zielgerichtet illegale Migration in die EU zu unterstützen.
25.08.2021	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) stellt fest, dass Polen den Migranten, die an seiner Grenze kampieren, einstweilig Lebensmittel, Kleidung, medizinische Hilfe und vorläufigen Schutz gewähren muss. Allerdings müsse Polen sie nicht ins Land lassen. Der EGMR bezieht sich damit auf die Anträge von 32 Afghanen an der belarussisch-polnischen Grenze, die nach Polen einreisen wollen, um internationalen Schutz zu beantragen. Polen verweigert ihnen die Einreise in die Woiwodschaft Podlachien (województwo podlaskie) mit Hilfe von Grenzschutz und Soldaten; auch die belarussischen Einsatzkräfte stellen sich ihrer Rückkehr entgegen.
25.08.2021	52 von 101 Senatoren sprechen sich in einer Erklärung gegen die umstrittene Novelle des Rundfunk- und Fernsehgesetzes, die sog. »Lex TVN«, aus, die am 11. August vom Sejm verabschiedet wurde und dem Senat vorliegt. Ziel der Gesetzesnovelle sei es, den Polen das Recht auf freies Wort zu nehmen und durch die Regierungspartei die Kontrolle über eine weitere unabhängige Mediengruppe zu übernehmen, heißt es in der Erklärung. Die Novelle beinhaltet, dass Medien mit Sitz in Polen nicht von Konzernen außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes kontrolliert werden dürfen. Dies betrifft die Mediengruppe TVN, die dem US-amerikanischen Konzern Discovery Inc. gehört. Kritiker befürchten außerdem die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Polen und den USA.
26.08.2021	Michał Dworczyk, Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten, teilt mit, dass Polen im Rahmen der Evakuierungsmaßnahmen in Afghanistan 44 Flüge aus Kabul durchgeführt hat, die jetzt eingestellt werden. Mehr als 1.100 Personen seien über eine Luftbrücke zwischen Kabul, Navoi (Usbekistan), Tiflis (Georgien) und Warschau ausgeflogen worden, darunter 937 afghanische Staatsbürger, die mit den polnischen Streitkräften in Afghanistan zusammengearbeitet haben. Außerdem habe Polen Deutschland, Estland, Litauen, den Niederlanden und Tschechien sowie internationalen Organisationen bei den Evakuierungsmaßnahmen geholfen. Hintergrund sind die Beendigung des internationalen Militäreinsatzes in Afghanistan nach 20 Jahren bei gleichzeitigem raschem Vordringen der Taliban.
27.08.2021	Polnische Medien zitieren die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, die im Nachrichtendienst »Twitter« und in einem Interview mit der US-amerikanischen Tageszeitung »New York Times« feststellt, dass die Lage an der belarussischen Grenze zur Europäischen Union keine Frage von Migration, sondern Ausdruck der Aggression des belarussischen Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko gegenüber Polen, Litauen und Lettland sei, mit dem Ziel, die Europäische Union zu destabilisieren. Hintergrund ist, dass das belarussische Regime als Reaktion auf politische Konflikte mit der EU Migranten aus dem Nahen Osten, Afrika und Afghanistan an die belarussische Westgrenze bringt. Die betreffenden EU-Staaten verweigern ihnen den Grenzübertritt, Belarus nimmt sie nicht zurück.
30.08.2021	Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission und Kommissarin für Werte und Transparenz, trifft sich in Warschau mit Ministerpräsident Mateusz Morawiecki. Sie habe in ihrem Gespräch thematisiert, dass die EU eine Rechtsgemeinschaft sei und die Mitgliedsstaaten die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vollständig anerkennen müssen. Sie sei bereit, Polen bei der Umsetzung von EU-Recht zu unterstützen. Hintergrund ist der jahrelange Rechtsstreit zwischen der EU und Polen über die polnische Justizreform. Dazu gab es zuletzt Mitte Juli ein Urteil des EuGH zur Disziplinarkammer am Obersten Gericht (Sąd Najwyższy – SN). Außerdem sind Treffen mit Donald Tusk, Parteivorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), und Szymon Hołownia, Parteiführer von Polen 2050 (Polska 2050), geplant.
30.08.2021	Innenminister Mariusz Kamiński gibt bekannt, dass auf Bitten der litauischen Regierung heute 53 polnische Polizisten der Präventionsabteilung nach Litauen gefahren sind, um die litauischen Einsatzkräfte an der litauisch-belarussischen Grenze gegenüber den Migranten auf belarussischer Seite zu unterstützen. Hintergrund ist, dass die belarussische Regierung als Reaktion auf politische Konflikte mit der Europäischen Union Migranten aus dem Nahen Osten, Afrika und Afghanistan geholt und an die belarussische Westgrenze gebracht haben soll. Kamiński sagt, der belarussische Staatspräsident Alexander Lukaschenko reagiere mit dieser Aktion darauf, dass Polen und Litauen belarussische Oppositionelle aufgenommen haben.
31.08.2021	Der Ministerrat fordert Präsident Andrzej Duda auf, an der polnisch-belarussischen Grenze zum Schutz der öffentlichen Ordnung und der Sicherheit der Bevölkerung für 30 Tage den Ausnahmezustand zu verhängen. Konkret werden 138 Ortschaften in den Woiwodschaften Podlachien sowie Lublin (województwo podlaskie/lubelskie) genannt. An der belarussischen Westgrenze kampieren seit Tagen Migranten aus dem Nahen Osten und Afghanistan, die der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko ins Land geholt hat. Die Europäische Union und die betreffenden EU-Länder beurteilen dies als bewusste Provokation mit dem Ziel der Destabilisierung. Polen lässt die Migranten nicht ins Land und auch Belarus will sie nicht aufnehmen.

01.09.2021	Gesundheitsminister Adam Niedzielski stellt in Aussicht, dass vollständig gegen Covid-19 geimpfte Personen nicht von Einschränkungen betroffen sein werden, falls solche bei einem Anstieg der Corona-Infektionszahlen wieder eingeführt würden.
02.09.2021	Auf Anfrage von Krzysztof Brejza, Senator der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), teilt das Statistische Hauptamt (Główny Urząd Statystyczny – GUS) mit, dass der Anteil der Familien, die in extremer Armut leben, von 4,9 % im Jahr 2016 auf 5,2 % im Jahr 2020 gestiegen ist. In der Gruppe der Kinder stieg die Quote von 5,8 % auf 5,9 %, bei den Erwachsenen ab 65 Jahren von 3,4 % auf 4,4 %.
02.09.2021	Ab dem heutigen Tag gilt der Ausnahmezustand in den Woiwodschaften Podlachien sowie Lublin (województwo podlaskie/lubelskie) an der Grenze zu Belarus für 30 Tage. Der Sejm muss die vom Präsidenten unterzeichnete Verordnung noch bestätigen. Als Gründe für die Verhängung werden der Schutz der öffentlichen Ordnung und der Bevölkerung genannt. Es sind 183 Ortschaften betroffen. Zum Betreten des Gebietes sind die Einwohner, Personen, die in dem Gebiet arbeiten, sowie Angehörige von Rettungsdiensten, der Polizei, des Grenzschutzes und der Streitkräfte berechtigt. Öffentliche Versammlungen und Massenveranstaltungen dürfen nicht durchgeführt werden, auch das Fotografieren und Filmen bestimmter Objekte, Bereiche und Orte ist nicht erlaubt. Hintergrund ist, dass der Staatspräsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, gezielt Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afghanistan an die belarussische Westgrenze vorgelassen hat, die betreffenden EU-Länder ihnen jedoch die Einreise verweigern. Diese kritisieren das Vorgehen Lukaschenkos als »hybriden Krieg«, durch den er die betreffenden EU-Länder sowie die EU destabilisieren wolle.
03.09.2021	Der Vorsitzende der oppositionellen Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Władysław Kosiniak-Kamysz, kritisiert, dass die Oppositionsparteien im Vorfeld der Verhängung des Ausnahmezustands nicht konsultiert wurden und Informationen zum Thema aus den Medien erfahren. Seit dem Vortag gilt in der Grenzregion zu Belarus der Ausnahmezustand als Reaktion auf die Flüchtlinge aus Afghanistan und dem Nahen Osten, die der Staatspräsident von Belarus, Alexander Lukaschenko, zur Grenze vorgelassen hat. Die Entscheidung über die Verhängung des Ausnahmezustands muss noch vom Sejm gebilligt werden.
06.09.2021	Arkadiusz Mularczyk, Abgeordneter von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und Vorsitzender der polnischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates, teilt mit, dass auf seine Initiative die Parlamentarische Versammlung des Europarates eine Sonderdebatte über den erhöhten Migrationsdruck vonseiten Belarus' an der Grenze zu Polen, Litauen, Lettland führen wird.
06.09.2021	Der Sejm bestätigt die Verhängung des Ausnahmezustandes in den Grenzgebieten der Woiwodschaften Podlachien sowie Lublin (województwo podlaskie/lubelskie) mit 247 Stimmen bei 168 Gegenstimmen und 20 Enthaltungen. Der Ausnahmezustand gilt seit dem 2. September. Polen reagiert mit dem Ausnahmezustand auf das Vorgehen Belarus', Flüchtlinge zielgerichtet an die EU-Außengrenze vorzulassen, um auf die EU Druck auszuüben.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2021 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>